

INHALTSVERZEICHNIS

A. Konstitutionalismus und Reaktion

Kapitel I. Die deutschen Großmächte und das konstitutionelle System . . .	3
§ 1. Das Wesen der konstitutionellen Monarchie	3
I. Der Begriff des Konstitutionalismus	3
1. Absolutismus, Konstitutionalismus, Parlamentarismus	3
2. Konstitutionalismus und Liberalismus	6
3. Der Konstitutionalismus – ein echter oder ein dilatorischer Kompromiß?	9
II. Konstitutionalismus und Königsherrschaft	11
1. Der Konstitutionalismus und das monarchische Prinzip	11
2. Der Konstitutionalismus und die Prärogativen der Krone	13
3. Der Konstitutionalismus und das System der existentiellen Vorbehalte	16
4. Der Konstitutionalismus und das Repräsentativsystem	18
5. Der Konstitutionalismus und die Ministerverantwortlichkeit	20
6. Der Konstitutionalismus und die monarchische Neutralität	22
7. Der Konstitutionalismus und die monarchische Autorität	24
§ 2. Der Sturz der oktroyierten Verfassung in Österreich	27
I. Der Reichstag von Kremsier und Schwarzenbergs Staatsstreich	27
1. Der Verfassungsentwurf von Kremsier	27
2. Die oktroyierte Verfassung vom 4. März 1849	29
II. Die Wiederherstellung der österreichischen Herrschaft in Ungarn und Lombardo-Venetien	30
1. Die Unterwerfung Ungarns	30
2. Die Unterwerfung Lombardo-Venetiens	33
III. Der österreichische Neoabsolutismus	33
1. Schwarzenbergs Kampf gegen die oktroyierte Verfassung	33
2. Der Widerruf der oktroyierten Verfassung	34

Inhaltsverzeichnis

§ 3. Der Übergang zum Verfassungsstaat in Preußen	35
I. Die preußischen Kammern von Februar bis April 1849	35
1. Die Wahl der Kammern	36
2. Der Kampf um die Anerkennung der oktroyierten Verfassung	38
3. Der Kampf um das Notverordnungsrecht	40
4. Der Kampf um die Anerkennung der Reichsverfassung	44
II. Der zweite preußische Staatsstreich	46
1. Die Auflösung der Zweiten Kammer (27. April 1849)	46
2. Die Verordnung über den Belagerungszustand (10. Mai 1849)	47
3. Die Oktroyierung des Dreiklassenwahlrechts (30. Mai 1849)	49
III. Die Revision der preußischen Verfassung	51
1. Die Kammerverhandlungen über die Verfassungsrevision	51
2. Der Abschluß der Verfassungsrevision	52
 Kapitel II. Die preußische Verfassung	 54
§ 4. Königtum und Regierung im preußischen Verfassungsstaat	54
I. Das preußische Königtum	55
1. Die Verfassung von 1850 und das monarchische Prinzip	55
2. Die Unverantwortlichkeit des Königs und die Ministerverantwortlichkeit	55
3. Der König und die vollziehende Gewalt	57
4. Der König und die Gesetzgebungsgewalt	57
5. Das Verordnungsrecht des Königs	58
6. Das Notverordnungsrecht des Königs	60
7. Die Verhängung des Belagerungszustands	61
8. Königtum und Gerichtsbarkeit	62
II. Das preußische Staatsministerium	64
1. Die Stellung des Ministerpräsidenten	64
2. Die Ministerverantwortlichkeit	65
III. Das Zivil- und das Militärkabinett des Königs	68
1. Das Zivilkabinett	68
2. Das Militärkabinett	69
IV. Wehrverfassung, Königtum und Kommandogewalt	73
1. Wehrverfassung und Staatsverfassung	73
2. Wehrpflicht, Wehrorganisation, Wehreinsatz	74
3. Mannszucht, Deliberationsverbot und Fahneneid	75
4. Kommandogewalt, Gegenzeichnung und Ministerverantwortlichkeit	76
5. Der verfassungsrechtliche Status des Heeres	78

Inhaltsverzeichnis

§ 5. Die preußischen Kammern	79
I. Das Zweikammersystem	80
II. Das Herrenhaus	81
1. Der Kampf um die Erste Kammer	81
2. Die Zusammensetzung des Herrenhauses	83
III. Das Abgeordnetenhaus	85
1. Das Wahlsystem	85
a) Die Allgemeinheit der Wahl	85
b) Die Mittelbarkeit und die Ungleichheit der Wahl	86
c) Die Öffentlichkeit der Wahl	87
d) Die Wahlkreiseinteilung	89
2. Die Auswirkungen des Wahlsystems	90
3. Die Ergebnisse der preußischen Wahlen	92
IV. Die Rechtsstellung des Landtags	95
1. Die Berufung, Vertagung, Schließung und Auflösung der Kammern	95
2. Das Abgeordnetenmandat	95
a) Erwerb und Verlust des Mandats	95
b) Freies Mandat, Inkompatibilität, Immunität und Diäten	96
c) Der Abgeordneteneid	98
3. Die Gesetzgebungszuständigkeit des Landtags	99
4. Die Budgetgewalt des Landtags	99
§ 6. Die Grundrechte und Grundpflichten der Preußen	100
I. Grundrechte und Grundpflichten	101
II. Die personalen Grundrechte	102
1. Die Gleichheit vor dem Gesetz	102
2. Die Freiheit der Person	104
3. Die Religionsfreiheit	105
4. Die Meinungsfreiheit	107
5. Die Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit	109
6. Die Gewährleistung des Eigentums	110
7. Die Gewährleistung des Rechtsschutzes	111
§ 7. Die institutionellen Garantien der preußischen Verfassung	112
I. Die Garantie des Staatskirchenrechts	114
1. Die Korporationsrechte der Religionsgesellschaften	114
2. Die christlichen Staatseinrichtungen	115
3. Die kirchliche Autonomie in inneren Angelegenheiten	116
4. Der freie Verkehr mit Rom und der Verzicht auf das staatliche Plazet	117
5. Der Staatspatronat und die Besetzung der Kirchenämter	118
II. Die Bildungsverfassung	118
1. Die Freiheit der Forschung und Lehre	118
2. Die Ordnung des Unterrichtswesens	120

Inhaltsverzeichnis

III. Die Gerichtsverfassung	121
1. Die richterliche Unabhängigkeit	121
2. Die Kompetenzkonfliktgerichtsbarkeit	123
3. Die Konflikterhebung beim gerichtlichen Vorgehen gegen Beamte	124
4. Die Fortentwicklung des materiellen Justizrechts	125
IV. Die Gemeindeverfassung	126
1. Das Programm der Kommunalgesetzgebung	126
2. Das Scheitern der Kommunalgesetzgebung	127
Kapitel III. Der Deutsche Bund in der Ära der Reaktion	129
§ 8. <i>Der Bundestag und die Bundesverfassungspolitik nach 1850</i>	<i>129</i>
I. Der österreichisch-preußische Dualismus nach 1850	129
1. Die bundespolitischen Ziele der deutschen Großmächte	129
2. Preußens Kampf um das Duumvirat	132
II. Der Bundestag und die Landesverfassungen	134
1. Der Reaktionsbeschluß vom 23. August 1851	134
2. Der Reaktionsausschuß und die Landesverfassungen	136
III. Die Aufhebung der deutschen Grundrechte und die grundrechtsbeschrän- kenden Bundesgesetze	136
§ 9. <i>Der Streit um die deutsche Flotte</i>	<i>138</i>
I. Der Plan zur Errichtung einer kontingentsmäßig gegliederten Bundesflotte	138
II. Die Auflösung der deutschen Flotte	139
III. Die Rechtsfrage im Flottenstreit	141
§ 10. <i>Der Kampf um den Zollverein</i>	<i>143</i>
I. Österreich und die Idee der mitteleuropäischen Wirtschaftseinheit	143
II. Die Zollvereinskrise 1851/52	145
1. Die Zollfrage auf den Dresdener Konferenzen und am Bundestag	145
2. Der preußisch-hannoversche Zollvertrag	146
3. Die Zollkonferenzen von Wien, Darmstadt und Berlin (1852)	147
III. Die Zolleinigung von 1853	148
1. Der österreichisch-preußische Handelsvertrag	148
2. Die Erneuerung des Zollvereins	149
Kapitel IV. Die deutschen Einzelstaaten in der Ära der Reaktion	151
§ 11. <i>Die Ära Bach-Buol in Österreich</i>	<i>151</i>
I. Das Ministerium Buol	152
II. Die österreichische Verfassungspolitik 1852–55	153
1. Die Reorganisation des Staatsaufbaus	153
2. Die Reaktion in Verwaltung und Justiz	154

Inhaltsverzeichnis

III. Staat und Kirche bis zum Abschluß des Konkordats von 1855	155
1. Der Untergang des alt-österreichischen Josefinismus	155
2. Das österreichische Konkordat vom 18. August 1855	158
 § 12. Die Ära Manteuffel in Preußen	159
I. Das Kabinett Manteuffel	160
II. Die Verfassungspolitik der Manteuffelzeit	161
1. Das staatskonservative Legalitätsprinzip	161
2. Die Staatsstreichpläne der „kleinen, aber mächtigen Partei“	162
3. Totalrevision oder Teilrevision der Verfassung	164
4. Die Reaktivierung der Provinzialstände	165
5. Die Reaktivierung des Staatsrats	167
III. Die politische Polizei unter Hinckeldey	169
1. Die Polizei im Kampf gegen Demokraten und Ultrakonservative	169
2. Politische Polizei und Preßpolitik	171
3. Die politischen Prozesse der Manteuffelzeit	172
4. Das Kammergericht als ausschließliche Instanz für Staatsverbrechen	174
IV. Die Kirchen- und Schulpolitik unter Raumer	174
1. Staat und Kirche	174
2. Staat und Schule	176
3. Staat und Wissenschaft	177
V. Die politischen Parteien in der Manteuffelzeit	178
1. Die konservative Partei	178
2. Die Wochenblattpartei	178
3. Die katholische Partei	180
4. Die liberale Partei	180
5. Die Stellung des Thronfolgers in den Parteikämpfen der Manteuffelzeit	181
 § 13. Die Reaktion in Süddeutschland	182
I. Bayern	183
1. Das Ministerium v. d. Pfordten	183
2. Der Bruch v. d. Pfordtens mit den Liberalen	185
II. Württemberg	186
1. Das Ministerium Schlayer und der Kurswechsel von 1849	186
2. Das Ministerium Linden und der Staatsstreich von 1850	188
3. Das württembergische Konkordat von 1857 und das Staatsgesetz von 1862	190
III. Baden	191
1. Die Wiederherstellung der verfassungsmäßigen Ordnung nach der Mairevolution	191

Inhaltsverzeichnis

2. Der Regierungsantritt Großherzog Friedrichs I. und der badische Kirchenstreit	193
3. Das badische Konkordat von 1859	195
4. Die Aufhebung des Konkordats und die Staatsgesetze von 1860	197
IV. Hessen-Darmstadt	199
1. Das Ministerium Jaup	199
2. Dalwigk, Ketteler und das Darmstadt-Mainzer Konkordat	200
§ 14. Die Reaktion in Mittel- und Norddeutschland	203
I. Sachsen	204
1. Regierung und Volksvertretung nach der Mairevolution von 1849 . .	204
2. Der sächsische Staatsstreik von 1850 und der Widerstand der Universität Leipzig	204
3. Die Reaktionsgesetze von 1850–51	207
4. Der Thronwechsel von 1854 und die Fortdauer des Beustschen Systems	208
II. Hannover	209
1. Hannover unter dem Ministerium Bennigsen-Stüve	209
2. Das Ministerium Münchhausen und das Wiederaufleben der hannoverschen Verfassungsfrage	210
3. Das Ministerium Schele und das Scheitern der Verfassungsrevision . .	211
4. Das Ministerium Lütcken und die Bundesbeschlüsse vom 12. und 19. April 1855	212
5. Das Ministerium Kielmannsegg und der zweite hannoversche Staatsstreik	215
III. Kurhessen	217
1. Das Ministerium Hassenpflug und die kurhessische Verfassungsfrage .	217
2. Hassenpflug und Vilmar	218
3. Der Kampf um die Anerkennung der oktroyierten Verfassung	220
IV. Mecklenburg	220
1. Das schwerinsche Staatsgrundgesetz vom 23. August 1849	220
2. Der Freienwalder Schiedsspruch	221
Kapitel V. Deutschland in den europäischen Konflikten der Jahrhundertmitte	224
§ 15. Deutschland und der Krimkrieg	224
I. Die deutsche Verfassung und die orientalische Frage	224
1. Verfassungsrecht und Außenpolitik	224
2. Bundesverfassungsrecht und europäische Krise	225
3. Landesverfassungsrecht und auswärtige Gewalt	227
II. Die deutschen Großmächte und die orientalische Frage	228
1. Deutschlands Stellung zu Frankreich am Vorabend des Krimkriegs . .	228
2. Der Ausbruch des Krimkriegs	230
3. Die deutschen Mächte und der Krimkrieg	231

Inhaltsverzeichnis

III. Der Krimkrieg und die preußische Staatskrise	233
1. Die Wochenblattpartei im Kampf um den Eintritt Preußens in die westliche Allianz	233
a) Die Mission Pourtales	233
b) Der russische Bündnisvorschlag	234
c) Der Sturz Bunsens	235
2. Der preußische Staatskonflikt vom Mai 1854	237
IV. Das österreichisch-preußische Bündnis	239
1. Der Krimkrieg und die preußischen Kammern	239
2. Das österreichisch-preußische Schutz- und Trutzbündnis vom April 1854	239
3. Der Beitritt des Deutschen Bundes zum österreichisch-preußischen Bündnis	241
V. Die österreichische Interventionspolitik	242
1. Das Programm der Vier Punkte vom 8. August 1854	242
2. Die österreichische Intervention und der Deutsche Bund	244
VI. Der Pariser Frieden von 1856	246
§ 16. <i>Deutschland und die Neuenburger Frage</i>	247
I. Die preußische Herrschaft im Fürstentum Neuenburg	248
II. Der Neuenburger Konflikt	249
1. Die Revolution in Neuenburg	249
2. Das Londoner Protokoll vom 24. Mai 1852 und der neuenburgische Putsch	250
3. Die neuenburgische Frage und der Deutsche Bund	251
III. Der preußische Verzicht auf Neuenburg	252
§ 17. <i>Deutschland und der österreichisch-italienische Krieg</i>	254
I. Österreich und die italienische Frage	254
1. Die europäischen Großmächte im österreichisch-sardinischen Konflikt	254
2. Das franko-sardinische Bündnis und das Problem der deutschen Bundeshilfe für Österreich	256
II. Das Entscheidungsjahr 1859	257
1. Die deutsche öffentliche Meinung und die Frage „Po und Rhein“	257
2. Die Ablehnung der Bundeshilfe für Österreich	260
3. Die „bewaffnete Vermittlung“ Preußens	262
4. Der Frieden von Villafranca	263

Inhaltsverzeichnis

B. Die Konfliktzeit

Kapitel VI. Die Neue Ära und der Verfassungskonflikt in Preußen	269
§ 18. Preußen in der Neuen Ära	269
I. Stellvertretung und Regentschaft	269
1. Der Stellvertretererlaß (23. Oktober 1857)	269
2. Die Einsetzung der Regentschaft (7./9. Oktober 1858)	270
II. Das Regierungsprogramm des Prinzregenten	272
1. Das Ministerium Hohenzollern-Auerswald	272
2. Das Programm der Neuen Ära	273
3. Das Ämterrevirement der Neuen Ära	274
§ 19. Heeresreform und Verfassungskonflikt	275
I. Die Roonsche Heeresreform	277
1. Wilhelm I. und die Wehrpolitik	277
2. Die Reformbedürftigkeit des Wehrsystems	278
3. Der Roonsche Reformplan	279
II. Die Anfänge des Herreskonflikts	281
1. Gesetzgebungsgewalt und Kommandogewalt in der Heeresreform	281
2. Der Kampf um Präsenzstärke, Dienstzeit und Landwehr	282
3. Die Militärvorlagen von 1860	285
4. Das Provisorium von 1860/61	286
III. Der Thronwechsel von 1861	288
§ 20. Die Krise von 1861/62 und Bismarcks Berufung	290
I. Der Kampf um Wehrpflicht und Wehretat	290
1. Das Provisorium von 1861/62	290
2. Die politischen Parteien im Abgeordnetenhaus 1861/62	291
3. Der Antrag Hagen	293
II. Das Ende der Neuen Ära	294
1. Das Ministerium Hohenlohe-Ingelfingen	294
2. Die Wahl des Konfliktstags	295
III. Die Staatskrise vom September 1862	296
1. Das Scheitern des Kompromisses im Abgeordnetenhaus	296
2. Der Abdankungsplan des Königs	297
IV. Das Ministerium Bismarck	299
1. Bismarcks Ministerkandidatur	299
2. König Wilhelm und Bismarck im September 1862	302
3. Bismarcks erstes Kabinett	303
§ 21. Bismarck und der Verfassungskonflikt	305
I. Das budgetlose Regiment	305
1. Das Scheitern des letzten Kompromißvorschlags	305
2. Das Scheitern der Staatshaushaltsgesetze für 1862 und 1863	306
3. Die Proklamation des budgetlosen Regiments	307

Inhaltsverzeichnis

II. Regierung und Abgeordnetenhaus in der Session 1863	309
1. Die Adreßdebatte vom Januar 1863	309
2. Der Streit um die Disziplinargewalt des Parlaments gegenüber den Ministern	311
3. Der Streit um das Ministerverantwortlichkeitsgesetz	312
4. Der Streit um das Kriegsdienstgesetz und das Amendement Forckenbeck	314
5. Das Mißtrauensvotum vom 22. Mai 1863 und die Schließung des Landtags	317
6. Die Preßordonnanz vom 1. Juni 1863	318
III. Regierung und Abgeordnetenhaus in der Session 1864	319
1. Die Neuwahl des Abgeordnetenhauses (28. Oktober 1863)	319
2. Die Resolution des Abgeordnetenhauses vom 25. Januar 1864	320
3. Bismarcks erster Staatsstreichplan: Oktroyierung des gleichen Wahlrechts?	321
IV. Die parlamentarischen Kämpfe des Jahres 1865	324
1. Wehrkonflikt und Budgetkonflikt	324
2. Das erneute Scheitern des Dienstpflichtgesetzes	325
3. Das Scheitern des Marinefinanzgesetzes	326
4. Das Scheitern des Staatshaushaltsplans für 1865	327
V. Regierung und Abgeordnetenhaus im Januar/Februar 1866	328
1. Die Resolution gegen die Eingliederung Lauenburgs	328
2. Der Streit um die Abgeordneten-Immunität	328
3. Der Streit um das Verbot des rheinischen Abgeordnetenfestes	331
4. Die Schließung und Auflösung des Abgeordnetenhauses	331
§ 22. Die Kernfrage des Verfassungskonflikts	333
I. Die Lückentheorie	333
1. Budgetkonflikt und Lückentheorie	333
2. Lücken im Recht und Lücken im Gesetz	338
II. Das Entscheidungsrecht im Verfassungskonflikt	341
1. Konfliktrecht und Souveränität	341
2. Konfliktrecht und Staatsnotstand	344
§ 23. Die Beilegung des Verfassungskonflikts	348
I. Staatsstreich oder Indemnität	348
1. Der Staatsstreichplan der Militärpartei	348
2. Der Sinn der Indemnitätspolitik	350
II. Das Indemnitätsgesetz	351
1. Die Vorbereitung der Indemnitätsvorlage	351
2. Die Neuwahl des Abgeordnetenhauses 1866	352
3. Das Abgeordnetenhaus und die Indemnitätsvorlage	354

Inhaltsverzeichnis

III. Die verfassungsrechtliche Bedeutung der Indemnität	358
1. Indemnitätsgesetz und Budgetgewalt	358
2. Indemnitätsgesetz und Kommandogewalt	363
IV. Die verfassungspolitische Bedeutung der Indemnität	365
1. Die Zwiespältigkeit der Urteile über die Indemnitätspolitik	365
2. Das Bündnis von Krone und Bürgertum als Ziel der Indemnitätspolitik	367
§ 24. Preußen nach dem Verfassungskonflikt	370
I. Regierung und Parlament nach der Beilegung des Konflikts	370
1. Das preußische Abgeordnetenhaus von 1867	370
2. Regierung und Opposition seit 1867	371
3. Die konservative Opposition	372
II. Die Liberalisierung des Ministeriums Bismarck 1867–70	373
1. Der Streit um die Immunität der Abgeordneten	373
2. Der Sturz des Justizministers Graf zur Lippe	374
3. Die Ministerwechsel von 1869 und 1872	375
III. Übersicht: Das preußische Staatsministerium 1850–1872	376
Kapitel VII. Der Kampf um die Bundesreform	378
§ 25. Österreich im Übergang zum Verfassungsstaat	378
I. Die Oktoberverfassung von 1860	378
II. Die Februarverfassung von 1861	380
III. Der Zusammenhang von Verfassungspolitik und Bundesreformpolitik nach Villafranca	382
§ 26. Nationalverein und Reformverein	384
I. Villafranca und die deutsche Frage	385
II. Der deutsche Nationalverein	387
1. Die Gründung des Nationalvereins	387
2. Das Programm des Nationalvereins	388
3. Die Koburger Versammlung	389
4. Die deutschen Regierungen und der Nationalverein	390
III. Der deutsche Reformverein	393
1. Die Gegensätze innerhalb der großdeutschen Bewegung	393
2. Das Programm der großdeutschen Bewegung	396
3. Die Fronten im großdeutschen Lager	397
4. Die Sybel-Fickersche Kontroverse	398
§ 27. Der Kampf um die Bundesreform 1859–1861	399
I. Dualistische oder trialistische Bundesreform	399
1. Preußen und die Reform der Bundeskriegsverfassung	399
2. Die Würzburger Koalition	401
3. Der Fürstentag von Baden-Baden	403

Inhaltsverzeichnis

II. Die österreichisch-preußischen Bündnisverhandlungen	404
1. Die Teplitzer Punktation (Juli 1860)	404
2. Die Berliner Konferenzen (Januar bis April 1861)	406
3. Die dritte Würzburger Konferenz (Mai 1861)	407
§ 28. Die Bundesreformpläne von Ende 1861 bis Mitte 1863	409
I. Der sächsische und der preußische Plan	409
1. Der Beustsche Reformplan (Oktober 1861)	409
2. Der Bernstorffsche Unionsplan (Dezember 1861)	410
3. Die Politik der identischen Noten (Februar 1862)	411
4. Die Annäherung Preußens an Italien und Frankreich	413
II. Der erste österreichische Reformvorschlag	415
1. Anregungen zur österreichischen Bundesreformpolitik	415
2. Der Plan einer Bundes-Delegiertenversammlung	416
3. Das Scheitern des Bundesbeschlusses über die Bundes-Delegiertenver- sammlung	418
III. Der große Reformplan von 1863	420
§ 29. Der Frankfurter Fürstentag und die Deutsche Reformakte von 1863	421
I. Der Frankfurter Fürstentag	421
1. Das Ringen um die Teilnahme Preußens am Fürstentag	421
2. Die Frankfurter Versammlung	423
3. Die Frankfurter Verhandlungen	424
4. Die öffentliche Meinung und der Fürstentag	426
II. Der Inhalt der Frankfurter Reformakte	427
1. Der Bundeszweck	427
2. Das Bundesdirektorium	427
3. Der Bundesrat	429
4. Die Versammlung der Bundesabgeordneten	430
5. Die Fürstenversammlung	430
6. Das Bundesgericht	431
III. Das Scheitern der Frankfurter Reformakte	432
1. Die preußische Ablehnung	432
2. Die Nürnberger Ministerkonferenz	434
3. Der österreichisch-preußische dilatorische Kompromiß	434
 Kapitel VIII. Der kurhessische und der schleswig-holsteinische Konflikt	 436
§ 30. Der Verfassungsstreit in Kurhessen 1858–1866	436
I. Die kurhessische Verfassungsfrage 1858/59	436
1. Der Kampf um die kurhessische Verfassungsrevision	436
2. Der Bundestag und die kurhessische Frage 1858/59	437
3. Der Beginn des Kampfs um die Wiederherstellung der Verfassung von 1831.	439

Inhaltsverzeichnis

II. Der kurhessische Verfassungsstreit 1860–62	440
1. Der Bundesbeschluß vom 24. März 1860	440
2. Die kurhessische revidierte Verfassung vom 30. März 1860	442
3. Die Wiederherstellung der Verfassung von 1831	443
4. Bismarck und die kurhessische Frage	447
§ 31. Die schleswig-holsteinische Frage 1852–1863	449
I. Die Elbherzogtümer und die dänische Verfassungsfrage 1852–62	450
1. Die dänischen Gesamtstaatsverfassungen von 1854 und 1855	450
2. Die Bundesbeschlüsse von 1858	451
3. Die deutsch-dänischen Auseinandersetzungen 1859–60	454
4. Die deutsch-dänischen Auseinandersetzungen 1861–62	455
II. Der Streit um das Märzpatent	456
1. Das Patent vom 30. März 1863	456
2. Der Bundesbeschluß vom 9. Juli 1863	457
3. Der Bundesbeschluß vom 1. Oktober 1863	459
§ 32. Die Bundesmaßnahmen zur Befreiung der Elbherzogtümer	460
I. Die Bundesexekution gegen Holstein	460
1. Der dänische Thronwechsel von 1863 und die augustenburgische Frage	460
2. Das Londoner Protokoll von 1852 und die augustenburgische Frage	462
3. Bundesexekution oder Bundesintervention?	463
4. Der Exekutionsbeschluß vom 7. Dezember 1863	465
5. Der Vollzug der Bundesexekution	467
II. Die Pfandbesetzung Schleswigs	468
1. Bundesexekution oder Bundeskrieg?	468
2. Die Gegensätze am Bundestag	469
3. Die österreichisch-preußische Punktation	470
4. Die österreichisch-preußische „Pfandbesetzung“	471
5. „Pfandbesetzung“ oder Annexion?	472
§ 33. Der dänische Krieg und der Wiener Frieden	474
I. Die deutschen Großmächte und die Mittelstaaten im Streit um das Kriegsziel	474
1. Der Kampf um das Selbstbestimmungsrecht der Elbherzogtümer	474
2. Die zweite österreichisch-preußische Punktation	476
3. Der Streit um die Anerkennung der augustenburgischen Erbfolge am Bundestag	476
II. Die Londoner Konferenz	478
1. Das Scheitern des Vorschlags der Personalunion	478
2. Die Alternativvorschläge Bismarcks	479
3. Der Plan der Teilung Schleswigs	480

Inhaltsverzeichnis

III. Der deutsch-dänische Frieden	482
1. Der Vorfriedensvertrag vom 1. August 1864	482
2. Die schleswig-holsteinische Erbfolgefrage nach dem Abschluß des Präliminarfriedens	483
3. Die Schönbrunner Konferenzen (August 1864)	484
4. Der Wiener Frieden	486
§ 34. Das österreichisch-preußische Kondominium	488
I. Der Streit um die Beendigung der Bundesexekution	488
1. Die Verwandlung der Exekution in eine Okkupation?	488
2. Die Bedeutung des Art. 13 der Bundesexekutionsordnung	489
3. Die österreichisch-preußischen Verhandlungen über das gemeinsame Vorgehen am Bundestag	490
4. Der Bundesbeschluß vom 5. Dezember 1864	492
II. Der Streit um die Mediatisierung der Herzogtümer	492
1. Annexion oder Mediatisierung?	492
2. Die preußischen Februarforderungen	493
3. Preußen und die augustenburgische Nebenregierung	495
4. Der Bundesbeschluß vom 6. April 1865	497
III. Die Krise des Sommers 1865	498
1. Der Vorschlag zur Berufung der schleswig-holsteinischen Stände	498
2. Der preußische Kronrat vom 29. Mai 1865	499
3. Das Gutachten der preußischen Kronjuristen	501
4. Das österreichische Vierpunkte-Programm vom 10. Juli 1865	502
5. Der preußische Ministerrat vom 21. Juli 1865	503
IV. Die Konvention von Bad Gastein	503
1. Souveränitätsteilung oder Verwaltungsteilung?	503
2. Der Inhalt der Gasteiner Konvention	505
V. Die Aufnahme der Gasteiner Konvention	506
1. Der Bundestag und die Gasteiner Übereinkunft	506
2. Die deutsche Öffentlichkeit und die Gasteiner Übereinkunft	508
 Kapitel IX. Der Bundesbruch	 510
§ 35. Das Ende der österreichisch-preußischen Allianz	510
I. Der neue Konflikt	511
1. Der Streit um die Maßnahmen gegen die Stadt Frankfurt	511
2. Der Streit um die Maßnahmen gegen die augustenburgische Bewegung	513
3. Der Altonaer Zwischenfall und seine Folgen	514
II. Auflösung oder Reform des Deutschen Bundes?	515
1. Die Bundesreform als „legitimes Kriegsziel“	515
2. Der preußische Antrag auf Berufung eines deutschen Parlaments	516
3. Die preußischen Reformanträge beim Bundestag	518

Inhaltsverzeichnis

§ 36. Kriegsvorbereitungen und Friedensbemühungen	520
I. Das preußisch-italienische Bündnis	520
1. Der Bündnisvertrag vom 8. April 1866	520
2. Der Bündnisvertrag und das deutsche Bundesrecht	521
II. Zwischen Mobilmachung und Krieg	523
1. Die österreichische und die preußische Mobilmachung	523
2. Die Anrufung des Bundestags gegen Preußen	524
3. Der Bundestag und der preußisch-sächsischer Konflikt	525
4. Die Gablenzsche Vermittlungsaktion	526
III. Frankreich und die deutsche Krise	528
1. Der französische Konferenzplan	528
2. Der österreichisch-französische Geheimvertrag vom 12. Juni 1866	529
§ 37. Die Bundesexekution gegen Preußen	531
I. Das Ende der Konvention von Gastein	531
1. Die österreichische Erklärung vom 1. Juni 1866	531
2. Die preußischen Erklärungen vom 1., 3. und 9. Juni 1866	534
3. Die österreichische Replik vom 9. Juni 1866	536
4. Der preußische Bundesreformvorschlag vom 10. Juni 1866	536
II. Die Bundesbeschlüsse gegen Preußen vom Juni 1866	539
1. Die Besetzung Holsteins durch preußische Truppen	539
2. Die Mobilmachung des Bundesheeres gegen Preußen	540
3. Die preußische Nullifikation des Bundesvertrags	542
§ 38. Recht und Unrecht im österreichisch-preußischen Konflikt	543
I. Die Rechtmäßigkeit des Mobilmachungsbeschlusses	544
1. Die materielle Rechtmäßigkeit des Exekutionsbeschlusses	544
2. Die formelle Rechtmäßigkeit des Exekutionsbeschlusses	546
3. Die Frage des Bundesnotstands	548
II. Die Unrechtmäßigkeit der Sezession und Nullifikation	548
1. Die Zuständigkeit zur Entscheidung über Recht und Unrecht	548
2. Die Rechtsfolgen eines bundeswidrigen Bundesbeschlusses	549
3. Der Bundesbruch der Mehrheit und die Clausula rebus sic stantibus	550
III. Das Recht der Nation auf Bundesreform	551
Kapitel X. Der österreichisch-preußische Krieg und seine Folgen	555
§ 39. Der Deutsche Bund im österreichisch-preußischen Krieg	555
I. Die Gruppierung der Fronten	556
1. Die Zurückweisung der preußischen Sezessions- und Nullifikations- erklärung durch den Rumpfbundestag	556
2. Die preußische Sommatation an Sachsen, Hannover und Kurhessen	557

Inhaltsverzeichnis

II. Die Bundeskriegsverfassung im Krieg von 1866	558
1. Die Mobilmachung des Bundesheeres	558
2. Die Befehlsordnung des Bundesheeres	559
3. Die Einsetzung eines Bundeskommissars für Kurhessen	560
4. Die Bundesexekution in Hohenzollern	562
III. Der Zerfall des Bundes	563
1. Das preußische Bündnisangebot an die nordmainischen Staaten	563
2. Der Abfall der Verbündeten Preußens vom Deutschen Bund	564
3. Die Trennung der Verbündeten Österreichs vom Deutschen Bund	567
§ 40. Der österreichisch-preußische Frieden	568
I. Von Königgrätz nach Nikolsburg	568
1. Bismarcks Friedenspolitik	568
2. Die französische Vermittlung	569
3. Der Präliminarfrieden von Nikolsburg	571
II. Die Verhandlungen mit Frankreich und Rußland	572
1. Der französische Kompensationsanspruch	572
2. Die russische Einmischung	573
III. Der Prager Frieden	576
§ 41. Die preußischen Annexionen	577
I. Die Annexionen in Norddeutschland	578
1. Die Sequestration der okkupierten norddeutschen Staaten	578
2. Die Frage der Rechtmäßigkeit der Annexionen	580
3. Der Vollzug der Annexionen	583
4. Die Bildung der Provinzialfonds	585
II. Die Auseinandersetzung Preußens mit den depossedierten Dynastien	586
1. Der hannoversche Widerstand	586
a) Die welfische Legion	586
b) Der Abfindungsvertrag mit König Georg V.	588
c) Der Hannoversche Provinzialfonds	589
d) Der Welfenfonds	589
e) Der welfische Thronanspruch nach 1871	591
2. Die Eingliederung Kurhessens	591
3. Die Eingliederung Nassaus	593
4. Die Eingliederung Schleswig-Holsteins	593
III. Die Auseinandersetzung Preußens mit der Stadt Frankfurt am Main	594
1. Frankfurt unter preußischer Besatzung	594
2. Der Streit um die Frankfurter Kontributionen	595
§ 42. Die Friedens- und Bündnisverträge mit den süd- und mitteldeutschen Staaten	597
I. Norddeutscher Bund und süddeutsche Union	597

Inhaltsverzeichnis

II. Die süddeutschen Friedensverträge	598
1. Württemberg	598
2. Baden	599
3. Bayern	599
4. Hessen-Darmstadt	600
III. Die Schutz- und Trutzbündnisse	600
1. Der Defensivcharakter des Bündnissystems	600
2. Die Bündnisverträge und der Art. 4 des Prager Friedens	601
IV. Die mitteldeutschen Friedensverträge	603
1. Reuß ältere Linie	603
2. Sachsen-Meiningen	603
3. Sachsen	604
§ 43. Der Abschluß der verfassungsrechtlichen Neuordnung Österreichs	604
I. Das Ende des gesamtstaatlichen Zentralismus in Österreich	605
1. Das Ministerium Belcredi	605
2. Die Sistierung des Februarpatents	606
3. Die inneren Krisen während des Kriegs von 1866	607
4. Die Lage in Ungarn	607
5. Die Verfassungsfrage nach Königgrätz	608
II. Die Entstehung der Doppelmonarchie	609
1. Das Ministerium Beust und der ungarische Ausgleich	609
2. Die österreichisch-ungarische Personal- und Realunion	611
3. Die österreichische Verfassung von 1867	612
4. Die Reform des Staatskirchenrechts	614
Kapitel XI. Krise und Reform des Zollvereins	615
§ 44. Der Kampf um den Zollverein 1862/64	615
I. Der Kampf um den Handelsvertrag mit Frankreich	615
1. Österreichs Anspruch auf Eintritt in den Zollverein	615
2. Der Handelsvertrag des Zollvereins mit Frankreich (1862)	616
3. Österreich und der Handelsvertrag des Zollvereins mit Frankreich	618
4. Österreichs Vorschlag einer deutschen Zolleinigung	619
5. Parteien und Verbände im Kampf um den Handelsvertrag des Zollvereins mit Frankreich	621
II. Die Zollvereinskrise 1863	623
1. Die Zollkonferenzen von 1863	623
2. Die Kündigung des Zollvereins	624
III. Die Neuordnung des deutschen Zollsystems	625
1. Die Erneuerung des Zollvereinsvertrags 1864	625
2. Der Beitritt der Sonderbundsstaaten	626
3. Der Handelsvertrag mit Österreich 1865	627

Inhaltsverzeichnis

§ 45. Die Erneuerung und Umgestaltung des Zollvereins	629
I. Das Ende des Deutschen Bundes und der Zollverein	629
1. Die Friedensverträge von 1866 und der Zollverein	629
2. Der Norddeutsche Bund und der Zollverein	630
II. Der Übergang vom Zoll-Staatenbund zum Zoll-Bundesstaat	632
1. Die Zollvereinskonferenz von 1867	632
2. Der neue Zollvereinsvertrag	633
3. Das Zollparlament	635
III. Der Zollverein und die politische Einigung Deutschlands	637

C. Das Bismarcksche Reich

Allgemeines Schrifttum zum Bismarckschen Reich	641
--	-----

Kapitel XII. Der Norddeutsche Bund	643
--	-----

§ 46. Bündnisvertrag und Bundesparlament	643
--	-----

I. Das Augustbündnis	644
II. Der konstituierende Reichstag	646
1. Das Wahlgesetz	646
2. Die Aufgabe des Reichstags: Beratung oder Vereinbarung der Bundes-	
verfassung?	647
3. Die Zusammensetzung des Reichstags	648

§ 47. Die Norddeutsche Bundesverfassung	649
---	-----

I. Der Reichstag und die Bundesverfassung	649
1. Der preußische Entwurf	649
2. Der Beschluß der Regierungsbevollmächtigten über den Verfassungs-	
entwurf	652
3. Der Reichstag und die Bundesverfassung	653
4. Vereinbarung oder Oktroyierung der Bundesverfassung?	654
II. Die Änderungen der Bundesverfassung im Reichstag	655
1. Das Föderativprinzip	655
2. Das Bundespräsidium	657
3. Der Bundesrat	657
4. Der Bundeskanzler	658
5. Der Reichstag	661
6. Gesetzgebung und auswärtige Gewalt	662
7. Gesetzgebung und Kommandogewalt	663
8. Gesetzgebung und Budgetgewalt	664
9. Der Streit um die Grundrechte	665
10. Der Streit um die Verfassungsgerichtsbarkeit	666

Inhaltsverzeichnis

III. Das Inkrafttreten des Bundesverfassung	666
1. Die Verfassungsvereinbarung	666
2. Die Publikationspatente	667
3. Die Konstituierung der Bundesorgane	668
§ 48. <i>Rechtsprobleme der Bundesgründung</i>	669
I. Staatsgründung und Verfassungsentsstehung	669
1. Revolutionäre und legale Staatsgründungen	669
2. Legalität und Legitimität in der Gründung des Norddeutschen Bundes	671
II. Die Theorie der Staatsentstehung und die Gründung des Norddeutschen Bundes	673
1. Die Faktizitätstheorie	673
2. Die Legalitätstheorie	674
3. Die Vertragstheorie	675
4. Die Vereinbarungstheorie	676
5. Die dialektische Theorie	678
§ 49. <i>Süddeutschland und der Norddeutsche Bund</i>	680
I. Der Südbund-Plan 1867–69	681
II. Die Entwicklung der Militärbündnisse zwischen Preußen und den Südstaaten	685
1. Hessen-Darmstadt	685
2. Baden	687
3. Württemberg	689
4. Bayern	691
§ 50. <i>Die luxemburgische Frage</i>	693
I. Die Verhandlungen über die Abtretung Luxemburgs an Frankreich	693
1. Das Ausscheiden Luxemburgs aus dem Bundesverhältnis	693
2. Die preußisch-französischen Bündnisverhandlungen von 1866/67	694
II. Die luxemburgische Krise und die Londoner Übereinkunft	696
1. Die niederländisch-französischen Abtretungsverhandlungen	696
2. Die Abtretung Luxemburgs und die deutsche öffentliche Meinung	697
3. Das preußische Besetzungsrecht in der Festung Luxemburg	698
4. Die luxemburgische Krise und der casus foederis	699
5. Der Londoner Vertrag vom 11. Mai 1867	700
Kapitel XIII. Die Reichsgründung	702
§ 51. <i>Der deutsch-französische Krieg und die deutsche Einheit</i>	703
I. Bismarcks Kaiserplan von Anfang 1870	704
1. Die nationalpolitischen Ziele des Kaiserplans	704
2. England und der Kaiserplan	705
3. Bayern und der Kaiserplan	708

Inhaltsverzeichnis

II. Die Hohenzollernsche Thronkandidatur in Spanien	709
1. Der Hohenzollernsche Plan	709
2. Die Annahme der Kandidatur	712
3. Die französische Intervention	715
III. Die Emser Depesche	718
1. Die Umredaktion der Emser Depesche	718
2. Verfassungsrechtliche Würdigung der Emser Depesche	719
IV. Die Kriegserklärung	721
1. Der Krieg und der norddeutsche Reichstag	721
2. Süddeutschland und der casus foederis	722
§ 52. Das Verfassungsbündnis von Versailles	724
I. Die deutsche Einigungsfrage nach Kriegsausbruch	724
1. Die Südstaaten und die Gestaltung Deutschlands	724
2. Bismarcks Einigungspolitik	727
3. Die September-Konferenzen in München	730
II. Die Novemberverträge	732
1. Die hessische Fronde	732
2. Die Verfassungsverhandlungen in Versailles	733
3. Die Verfassungsverträge vom November 1870	735
4. Die Legende vom bayerischen Geheimvertrag	737
III. Die Lösung der Kaiserfrage	738
1. Der realpolitische Sinn des Kaisertitels	738
2. Die Kompensationen für die bayerische Zustimmung zum Kaisertitel	739
3. Der Kaiserbrief	740
§ 53. Der Weg zur Reichsverfassung	742
I. Die Novemberverträge und der Art. 4 des Prager Friedens	742
II. Die parlamentarische Ratifikation der Novemberverträge	745
1. Die Ratifikation durch den norddeutschen Reichstag	745
2. Die Einführung der Bezeichnungen „Kaiser“ und „Reich“	746
3. Die Annahme der Kaiserkrone durch König Wilhelm I.	747
4. Die Ratifikation in Baden, Hessen und Württemberg	748
5. Die Ratifikation in Bayern	749
III. Die Einsetzung der Reichsorgane	750
1. Die Entstehung des kaiserlichen Amtes	750
a) Amtserwerb und Amtsergreifung	750
b) Der Streit um den Kaisertitel	751
c) Die Kaiserproklamation	753
2. Die Berufung des Reichskanzlers und die Konstituierung des Bundesrats	754
3. Die Wahl des ersten Reichstags	755

Inhaltsverzeichnis

IV. Die Revision der Reichsverfassung	756
1. Die Revisionsverhandlungen	756
2. Die Verfassungsgesetze des Reichs	759
V. Norddeutscher Bund und Deutsches Reich	760
1. Die Identitätstheorie	760
2. Kein Eintritt der Südstaaten in den Norddeutschen Bund	761
3. Das Reich als neuer deutscher Bundesstaat	764
 Kapitel XIV. Reichsidee und Reichsgefüge	766
Allgemeines Schrifttum zur Reichsverfassung	766
§ 54. Das Reich als Nationalstaat	767
I. Die Reichsidee	767
1. Reichsuniversalismus und Nationalstaat	767
2. Europäische Ordnung und Nationalstaat	768
3. Weltgeltungspolitik und Nationalstaat	770
II. Verfassungsprobleme des Reichs	773
1. Kaisertum und Nationalstaat	773
2. Reichskonstitutionalismus und Nationalstaat	775
3. Reichsföderalismus und Nationalstaat	777
4. Pluralistischer Parteienstaat und Nationalstaat	781
5. Antagonistischer Klassenstaat und Nationalstaat	783
§ 55. Das Reich als Bundesstaat	785
I. Die Reichsgliederung	786
II. Föderalismus und Unitarismus der Reichsstruktur	788
1. Die Legende vom Reich als „Fürstenbund“	788
2. Der Reichszweck: nationale Sicherheit und Wohlfahrt	789
3. Rechte und Pflichten der Nation	790
III. Reich und Länder	791
1. Die Reichssouveränität	791
2. Die Identität von Gesamtstaat und Zentralstaat	792
3. Die Herrschaftsgewalt des Reichs gegenüber den Ländern	794
IV. Die preußische Hegemonie	798
1. Der hegemoniale Bundesstaat	798
2. Die preußischen Hegemonialrechte	799
V. Die Rechtsstellung der Gliedstaaten	802
1. Das Existenzrecht der Gliedstaaten	803
2. Die Mitgliedschaftsrechte der Gliedstaaten	805
3. Die Hoheitsrechte der Gliedstaaten	805
VI. Die Sonderrechte der Gliedstaaten	806
1. Die besonderen Mitgliedschaftsrechte	806
2. Die besonderen Hoheitsrechte (Reservatrechte)	807

Kapitel XV. Die Reichsorgane	809
§ 56. <i>Der Kaiser</i>	809
I. Die staatsrechtliche Stellung des Kaisers	809
1. Erwerb und Verlust des kaiserlichen Amts	809
2. Der Kaiser als Reichsoberhaupt	811
3. Kaiserliche Gewalt, Bundespräsidialgewalt und preußisches Mitgliedschaftsrecht	813
4. Konstitutionelles Kaisertum und persönliches Regiment	814
II. Kaiserliche Gewalt und Kabinettsystem	816
1. Das Zivilkabinett	817
2. Das Militärkabinett	818
3. Das Marinekabinett	819
III. Übersicht über die Kompetenzen des Kaisers	820
§ 57. <i>Der Reichskanzler</i>	820
I. Das System der Kanzlerregierung	821
1. Kaiser und Kanzler	821
2. Kanzlerregierung und Kollegialregierung	822
3. Die Stellvertreter des Reichskanzlers	823
II. Die Reichsleitung und die preußische Staatsregierung	825
1. Die Personalunion von Reichskanzlerschaft und preußischer Ministerpräsidentenschaft	825
2. Die Ernennung der Reichsstaatssekretäre zu preußischen Staatsministern	827
3. Die Inkompatibilität von Reichskanzlerschaft und Reichstagsmandat	829
III. Die Spitzenämter des Kaiserreichs	831
1. Das Amt des Reichskanzlers	831
2. Die Reichskanzlei	832
§ 58. <i>Die obersten Reichsbehörden</i>	833
I. Die Stellung der Reichsämter	833
II. Übersicht über die Reichsämter und ihre Besetzung	835
1. Das Reichskanzleramt – seit 1879: Reichsamt des Innern	835
2. Das Auswärtige Amt	836
3. Die Kaiserliche Admiralität – seit 1889: Reichsmarineamt	838
4. Das Reichseisenbahnamt	840
5. Das Reichspostamt	840
6. Das Reichsjustizamt	841
7. Das Reichsamt für die Verwaltung der Reichseisenbahnen	842
8. Das Reichsschatzamt	843
9. Das Reichskolonialamt	844

Inhaltsverzeichnis

10. Das Reichsernährungsamt	845
11. Das Reichswirtschaftsamt	845
12. Das Reichsarbeitsamt	846
III. Die sonstigen obersten Reichsbehörden	846
1. Die Reichsbank	846
2. Der Reichsrechnungshof	847
§ 59. Der Bundesrat	848
I. Die Stellung des Bundesrats	849
1. Der Bundesrat Träger der Reichssouveränität?	849
2. Bundesrat und Reichstag	850
3. Bundesrat und Reichsleitung	851
II. Die Organisation des Bundesrats	852
1. Der Bundesrat ein Reichsorgan, kein Länderorgan	852
2. Der Reichskanzler als Vorsitzender des Bundesrats	854
3. Die Stimmverteilung im Bundesrat	855
4. Die Bundesratsbevollmächtigten	855
III. Die Tätigkeit des Bundesrats	857
1. Die Pflicht der Länder zur Mitwirkung im Bundesrat	857
2. Das Initiativrecht im Bundesrat, insbesondere die Frage der Präsidial- vorlagen	857
3. Das Beratungs- und Abstimmungsverfahren im Bundesrat	859
IV. Übersicht über die Zuständigkeiten des Bundesrats	860
§ 60. Der Reichstag: Wahl und Zusammensetzung	860
I. Reichstagswahlrecht und preußisches Dreiklassenwahlrecht	861
II. Die Grundsätze des Reichswahlgesetzes	862
III. Wahlrecht und Wahlpflicht	863
1. Das Wahlrecht als subjektives Recht und als öffentliche Funktion	863
2. Wahlfreiheit und Wahlpflicht	865
IV. Das Reichstagswahlrecht und die Parteien	866
1. Die verfassungsrechtliche Anerkennung der Parteien im § 17 des Reichs- wahlgesetzes	866
2. Stichwahlen und Wahlbündnisse der Parteien	868
V. Die Wahlergebnisse	870
1. Das Reichstagswahlrecht und der Aufstieg der Opposition	870
2. Vorzüge und Gefahren des Mehrheitswahlrechts	871
3. Privilegierende und diskriminierende Wirkungen des Mehrheitswahl- rechts	873
4. Zählwert und Erfolgswert der Stimmen in den Reichstagswahlen 1871–1912	875
5. Die Zusammensetzung der Reichstage 1871–1912	877

Inhaltsverzeichnis

§ 61. Der Reichstag: Stellung und Zuständigkeiten	879
I. Die Stellung des Reichstags	880
1. Der Reichstag als Nationalrepräsentation	880
2. Legislaturperiode und Sitzungsperiode	882
3. Die Auflösung des Reichstags	883
II. Die Autonomie des Reichstags	884
1. Der Erlaß der Geschäftsordnung	884
2. Präsidium, Fraktionen und Ausschüsse	885
3. Die Öffentlichkeit der Sitzungen	886
4. Die Wahlprüfung	888
5. Das Hausrecht des Parlaments	888
III. Die Stellung der Abgeordneten	889
1. Das freie Mandat	889
a) Repräsentativverfassung und freies Mandat	889
b) Parteidisziplin, Fraktionszwang und freies Mandat	890
2. Das Diätenverbot	893
a) Diätenverbot und Berufsparlamentarismus	893
b) Die Aufhebung des Diätenverbots	894
3. Reichstagsmandat und öffentliches Amt	895
4. Die Immunität der Abgeordneten	896
5. Die parlamentarische Disziplin	897
IV. Übersicht über die Zuständigkeiten des Reichstags	898
§ 62. Reichstag und Reichsregierung	898
I. Die Kanzlerverantwortlichkeit	898
1. Die Verantwortlichkeit des Reichskanzlers und seiner Stellvertreter	898
2. Das Recht des Reichstags auf das Erscheinen des Reichskanzlers und seiner Stellvertreter im Plenum	900
II. Die Kontrollrechte des Reichstags gegenüber der Reichsregierung	902
1. Das Recht zur Behandlung von Petitionen	902
2. Das Interpellationsrecht	903
3. Das Recht zum Mißbilligungsvotum	904
III. Die Parlamentarisierung der Reichsgewalt	906
 Kapitel XVI. Die Reichsgewalt	 908
§ 63. Die Reichsgesetzgebung	908
I. Reichs- und Landesgesetzgebung	909
1. Reichszuständigkeiten kraft Deklaration, kraft Natur der Sache und kraft Sachzusammenhangs	909
2. Ausschließliche und konkurrierende Reichszuständigkeiten	910
3. Der Satz „Reichsrecht bricht Landesrecht“	912

Inhaltsverzeichnis

II. Materielle und formelle Reichsgesetze	912
1. Der Begriff des materiellen Gesetzes	913
a) Das Wesensmerkmal der Rechtsnorm	913
b) Kritik der Eingriffsformel	914
c) Der materielle Gesetzesbegriff im vollentwickelten Verfassungs- staat	915
2. Der Begriff des formellen Gesetzes	917
3. Das Maßnahmegesetz	919
III. Der Weg der Reichsgesetzgebung	920
1. Die Gesetzinitiative	920
2. Die Feststellung des Gesetzesinhalts	921
3. Die Erteilung des Gesetzesbefehls („Sanktion“)	922
a) Der Begriff der Sanktion	922
b) Das Sanktionsorgan	923
c) Der Kaiser als Inhaber der Sanktionsgewalt	925
4. Die Ausfertigung und Verkündung des Gesetzes	926
IV. Die Verordnungsgewalt des Reichs	927
1. Die Rechtsverordnungen	927
a) Keine allgemeine Rechtsverordnungsgewalt der Reichsexekutive	927
b) Das Ermächtigungsgesetz vom 4. August 1914	928
c) Gesetzausführende Rechtsverordnungen	929
2. Die Verwaltungsverordnungen	930
§ 64. Die auswärtige Gewalt des Reichs	930
I. Auswärtige Reichs- und Landeskompetenzen	931
1. Die auswärtige Reichsgewalt	931
2. Die auswärtige Landesgewalt	932
3. Preußen und die deutsche Außenpolitik	934
II. Die auswärtige Vertretung des Reichs	934
1. Kaiser, Reichskanzler und Auswärtiges Amt	934
2. Der diplomatische Dienst	935
a) Die Instruktionsgebundenheit der Gesandten	935
b) Der Arnim-Fall	936
3. Der konsularische Dienst	937
III. Die auswärtigen Verträge des Reichs	938
1. Die Vertragsmacht der Reichsexekutive	938
2. Die Mitwirkung der Legislative beim Abschluß auswärtiger Ver- träge	939
3. Das Transformationsgesetz	941
IV. Die Entscheidung über Krieg und Frieden	941
1. Die Kriegserklärung	942
2. Der Friedensschluß	944
3. Das verfassungsändernde Gesetz vom 28. Oktober 1918	944

Inhaltsverzeichnis

§ 65. Die Finanzhoheit des Reichs	944
I. Die Finanzverfassung im Bundesstaat	945
II. Die Reichseinnahmen	947
1. Die Reichszölle	947
a) Die Einheit des Zollgebiets	947
b) Zollgesetzgebung und Zollverwaltung	948
2. Die Reichssteuern	949
a) Die Verbrauchssteuern	949
b) Die Verkehrssteuern	950
III. Matrikularbeiträge und Reichsüberweisungen	950
1. Die Matrikularbeiträge der Länder und die Franckensteinsche Klausel	950
2. Die Reichsfinanzreform von 1904	952
3. Die Reformgesetze von 1906 bis 1913	953
IV. Das Reichshaushaltsrecht	955
1. Das Budgetfeststellungsgesetz und das Kreditemächtigungsgesetz	955
2. Die verfassungspolitische Bedeutung der Budgetgewalt	956
3. Die Reichsverfassung und der Budgetkonflikt	957
V. Die Reichsrechnungskontrolle	958
1. Die Rechtsgrundlage der Rechnungsprüfung	958
2. Das Verfahren der Rechnungsprüfung	959
3. Der Abschluß der Rechnungsprüfung	960
§ 66. Die Verwaltungshoheit des Reichs	961
I. Reichs- und Landesverwaltung	961
1. Die unmittelbare Reichsverwaltung	961
2. Die Zuständigkeiten des Kaisers innerhalb der unmittelbaren Reichs- verwaltung	963
3. Die Landesverwaltung	964
II. Der Reichsdienst	965
1. Das Reichsbeamtentum als staatstragender Stand	965
2. Das Reichsbeamtentum als Repräsentations- und Integrationsorgan	968
3. Das Reichsbeamtenverhältnis	969
a) Unmittelbare und mittelbare Reichsbeamte	969
b) Die Begründung des Reichsbeamtenverhältnisses	970
c) Die Rechte und Pflichten der Reichsbeamten	971
d) Die Ahndung von Pflichtverletzungen	971
e) Die Beendigung des Reichsbeamtenverhältnisses	972
§ 67. Die Justizhoheit des Reichs	973
I. Reichs- und Landesjustiz	974
1. Gerichtseinheit und Staatseinheit	974

Inhaltsverzeichnis

2. Die Reichszuständigkeit für das bürgerliche Recht	975
3. Die Reichsjustizgesetze von 1877	977
II. Reichsjustizhoheit und Reichsverfassung	979
1. Reichsjustizhoheit und Mediatisierung der Landesjustizgewalt	979
2. Reichsjustiz und Rechtsstaatsidee	981
a) Die Unabhängigkeit der Gerichte und die Rechtsstellung der Richter	982
b) Die Zuständigkeit der Gerichte	982
III. Reichs- und Landesverwaltungsgerichte	985
1. Die Wahrung der Immediatstellung der Landesverwaltungsjustiz	985
2. Die besonderen Reichsverwaltungsgerichte	985
a) Reine Reichsverwaltungsgerichte	986
b) Reichsverwaltungsbehörden mit verwaltungsgerichtlicher Zuständigkeit	987
§ 68. Die Reichsmilitärgewalt	988
I. Wehrverfassung und Staatsverfassung	989
II. Wehrverfassung und Föderalismus	992
1. Reichsheer oder Kontingentsheer?	992
2. Das deutsche Heer als Reichsheer	993
3. Die Militärkonventionen	996
4. Militärische Reservatrechte und Reichssouveränität	999
III. Wehrverfassung und Konstitutionalismus	1000
1. Kommandogewalt und Ministerverantwortlichkeit	1000
2. Die Befreiung der Kommandoakte von Gegenzeichnung und Kanzlerverantwortlichkeit	1002
IV. Wehrverfassung und Kriegsmarine	1004
1. Die Entstehung der Kriegsmarine	1004
2. Die Stellung der Kriegsmarine	1005
Kapitel XVII. Die Gewähr der Verfassung	1007
§ 69. Verfassungstreupflicht und Verfassungsschutz	1007
I. Verfassungstreue und Verfassungsschutz im konstitutionellen Staat	1007
1. Verfassungsgehorsam und Verfassungstreue	1007
2. Verfassungstreue und verfassungsmäßige Freiheit	1008
3. Verfassungstreue als Bindung an das Verfassungswertgefüge	1009
4. Formen des Verfassungsschutzes im Verfassungsstaat	1011
II. Verfassungstreue und Verfassungseid	1012
1. Die Verfassungstreupflicht des Kaisers und der Landesherren	1012
2. Die Verfassungstreupflicht des Reichskanzlers und der Reichsbeamten	1014
3. Die Verfassungstreupflicht der Soldaten	1015

Inhaltsverzeichnis

§ 70. Präventiver und repressiver Verfassungsschutz	1016
I. Die politische Polizei im Bismarckschen Reich	1016
1. Die politische Polizei bis 1873	1016
2. Die politische Polizei seit 1873	1018
II. Der strafrechtliche Verfassungsschutz	1019
III. Das Verbot verfassungsfeindlicher Vereinigungen	1020
1. Repressivmaßnahmen gegen verfassungsfeindliche Organisationen	1020
2. Präventivmaßnahmen gegen verfassungsfeindliche Organisationen	1021
§ 71. Die Reichsaufsicht	1022
I. Begriff der Reichsaufsicht	1022
1. Die Reichsaufsicht als Mittel zur Gewähr der Föderativverfassung	1022
2. Selbständige und abhängige Reichsaufsicht	1023
II. Formen, Verfahren und Grenzen der Reichsaufsicht	1025
1. Die selbständige Reichsaufsicht	1025
2. Die abhängige Reichsaufsicht	1027
3. Der Bundesrat als Beschlußorgan im Reichsaufsichtsverfahren	1028
§ 72. Die Reichsexekution	1029
I. Die Reichsexekution im Norddeutschen Bund und im Bismarckschen Reich	1029
II. Die Rechtsnatur der Reichsexekution	1032
1. Reichsexekution und Reichsverfassungsjustiz	1032
2. Reichsexekution und Reichsaufsicht	1033
III. Die Voraussetzungen der Reichsexekution	1034
1. Der Begriff der verfassungsmäßigen Bundespflichten	1034
2. Die verantwortlichen Landesorgane	1035
IV. Die Bundestreupflicht als Kern der verfassungsmäßigen Bundespflichten	1036
1. Die Friedenspflicht	1036
2. Die Einordnungspflicht	1037
3. Die Sicherungspflicht	1038
V. Verfahren und Mittel der Reichsexekution	1038
1. Exekutionsbeschluß und Exekutionsvollzug	1038
2. Militärische und zivile Mittel des Exekutionsvollzugs	1039
3. Maßnahmen der zivilen Reichsexekution	1040
§ 73. Der Reichsbelagerungszustand	1042
I. Reichs- und Landesbelagerungszustand	1043
1. Der Kriegszustand nach dem Art. 68 BRV	1043

Inhaltsverzeichnis

2. Der Belagerungszustand in Bayern	1044
3. Der Belagerungszustand in den übrigen mittleren Ländern	1045
4. Der Belagerungszustand in Preußen	1046
II. Die Verhängung des Reichsbelagerungszustands	1047
1. Die Zuständigkeit des Kaisers	1047
2. Die Voraussetzungen des Reichsbelagerungszustands	1048
3. Die Verkündung des Reichsbelagerungszustands	1049
III. Die Wirkungen des Reichsbelagerungszustands	1049
1. Der Übergang der vollziehenden Gewalt auf die Militärbefehlshaber	1049
2. Die Verschärfung des Strafrechts und der Strafjustiz	1051
3. Die Suspension der sieben Grundrechte	1052
IV. Die parlamentarische Kontrolle des Reichsbelagerungszustands	1054
§ 74. Das richterliche Prüfungsrecht	1055
I. Die Justiz als Hüter der Verfassung	1056
II. Die Formen des richterlichen Prüfungsrechts	1057
1. Institutionelle und inzidente Normenkontrolle	1057
2. Materielle und formelle Normenkontrolle	1058
3. Das richterliche Prüfungsrecht und der Reichskonstitutionalismus	1060
III. Die richterliche Prüfung der Rechtsnormen minderen Ranges	1062
1. Die richterliche Prüfung von Reichsverordnungen	1063
2. Die richterliche Prüfung der Landesgesetze und Landesverordnungen	1063
§ 75. Der Bundesrat als Reichsverfassungsgericht	1064
I. Reichsfrieden und Reichsverfassungsjustiz	1065
II. Die Fälle der Reichsverfassungsjustiz	1066
1. Streitigkeiten zwischen Gliedstaaten	1066
2. Verfassungstreitigkeiten innerhalb eines Gliedstaats	1067
3. Thronstreitigkeiten	1070
4. Verfassungsbeschwerden wegen Justizverweigerung	1071

Abkürzungen

In den Fußnoten werden mit der Abkürzung *Dokumente* die vom selben Verfasser herausgegebenen „Dokumente zur deutschen Verfassungsgeschichte“ (Bd. 1: 1961; 3. Aufl. 1978; Bd. 2: 1964; 3. Aufl. 1986; Bd. 3: 1966) bezeichnet. Die Abkürzungen *Bd. I*, *Bd. II* usw. verweisen auf die entsprechenden Bände der „Deutschen Verfassungsgeschichte“. Der Hinweis „Staat und Kirche“ bezieht sich auf das Quellenwerk *E. R. Huber – W. Huber, Staat und Kirche im 19. und 20. Jahrhundert*, Bd. I (1973), Bd. II (1976), Bd. III (1983), Bd. IV (1988).